

„Gott weiß, wie wir das überleben“

Die Opec-Konferenz in Genf ist geplatzt. Die zerstrittenen Öl-Förderländer konnten sich über ihre Politik nicht mehr einigen, Preisstürze am Ölmarkt und Zusam-

menbrüche an den internationalen Finanzmärkten können bald die Folge sein. Heizölkäufer und Autofahrer profitieren von sinkenden Preisen. Doch wie lange?

Neun Jahre lang haben die Regenten der westlichen Industrieländer, die Führer der Banken und Industrieunternehmen den steten Anstieg des Rohölpreises beklagt. Seit vergangener Woche beklagen sie seinen Abstieg.

Vergangenen Montag nämlich war endgültig klargeworden, was das Ölgerwebe längst wußte und was die Finanziere der Öl-Geschäfte befürchtet hatten: Das in Genf zusammengetretene Opec-Kartell hatte sich weder auf einheitliche Rohölpreise noch auf gegenseitig abgestimmte Fördermengen geeinigt. Die Konferenz war geplatzt, die Preise auf den freien Ölmärkten sackten weiter.

Geplatzt scheint damit zunächst auch das Kartell erdölproduzierender Länder. Im Kräfterdreieck am Ölmarkt, den Verbraucherstaaten, den Förderländern und den Ölkonzernen ist der eine Eckpfeiler unberechenbar geworden. Das Kartell, zu seinen besten Zeiten durch gemeinsame Feindbilder (Israel, die Industrienationen) geeint, ist zerstritten.

Zwischen den reichen Staaten auf der Arabischen Halbinsel – Saudi-Arabien, Kuwait und die Emirate – und den übrigen Kartell-Ländern hat es schon lange eine unterschiedliche Politik gegeben: Die Araber von der Halbinsel, volksarm und ölfreich, benötigten längst nicht so viele Petrodollar zum Aufbau ihrer Länder wie die anderen. Sie schickten folglich ihre Gelder auf die internationalen Finanzmärkte oder erwarben Industrie-Beteiligungen.

Länder wie Iran, Nigeria, Venezuela und das Nicht-Opec-Mitglied Mexiko dagegen hatten den Ölreichtum als Basis maßloser Investitionen nutzen wollen und gerieten dabei allmählich in unmäßige Verschuldung. Iran und Irak leisteten sich überdies einen jahrelangen Krieg.

Dies alles ging gut, solange die Ölpreise stiegen – zuletzt auf den offiziellen Richtpreis von 34 Dollar je Barrel. Weil im Westen immer mehr Öl gespart wurde und eine rezessive Weltwirtschaft immer weniger Öl benötigte, weil andererseits die verschuldeten Ölländer immer mehr Öl auf graue Märkte wie etwa Rotterdam schleusten, sind die inoffiziellen Rohölpreise schon seit Monaten stark gesackt. Sie lagen am Ende nur noch wenig über 30 Dollar je Barrel.

In dieser Lage hatte der saudiarabische Ölminister Ahmed Saki el-Jamani versucht, den Preis durch Angebotsverknappung aller Opec-Länder zu retten. Davon jedoch wollten die verschuldeten

Ölländer, wollte auch vor allem der Krieg führende Iran nichts wissen. Förderbeschränkungen, fürchtete die Mehrheit der Opec-Länder, würden auch bei stabilem Preis die Staatseinnahmen mindern. Bei Venezuela, Indonesien, Algerien und dem Iran würde dies den Staatsbankrott bedeuten.

Die offiziellen Ölpreise der Opec werden nun – erstmalig in der 22jährigen Geschichte des Kartells – zu Tal gehen. Wie tief sie dabei tauchen, ist ungewiß. Denn nur ein Rest von Kartelldisziplin könnte einen Preisrutsch auf einige wenige Dollar je Barrel beschränken.

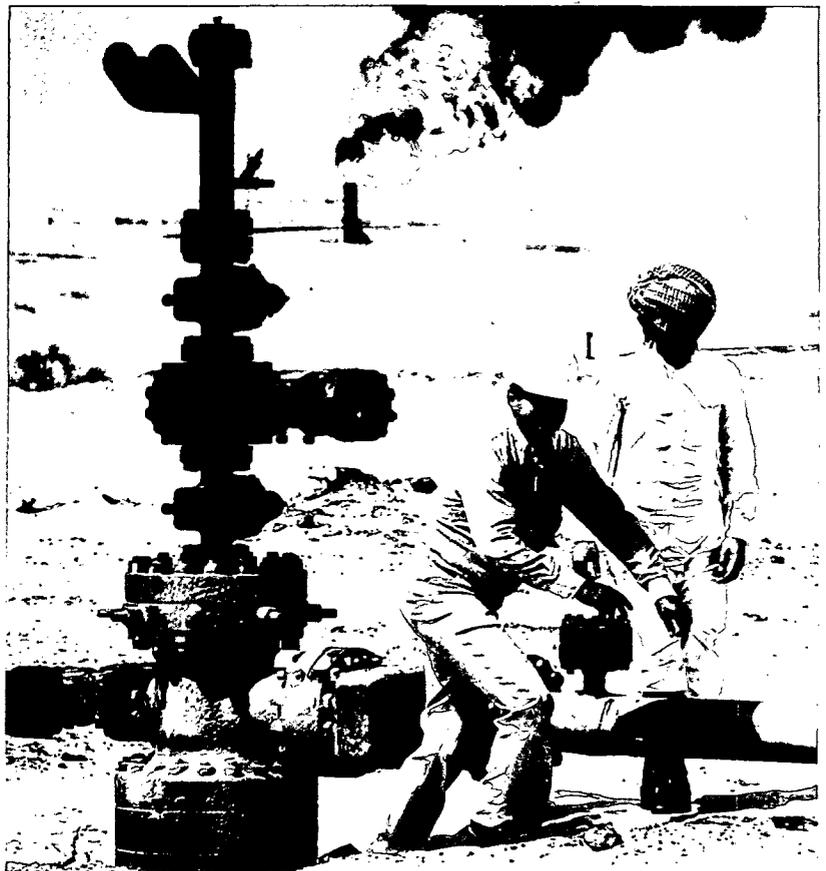
Ein offener Preiskrieg dagegen, bei dem jedes Exportland auf Kosten der anderen möglichst viel Öl auf den Weltmarkt drücken würde, könnte die Preise theoretisch bis auf 20 oder sogar 16 Dollar drücken. Hans-Georg Pohl, Chef der Deutschen Shell, hatte dies schon vor drei Monaten öffentlich mitgeteilt.

Denn von den Produktionskosten her gibt es kaum Bremsen. In der ölreichsten

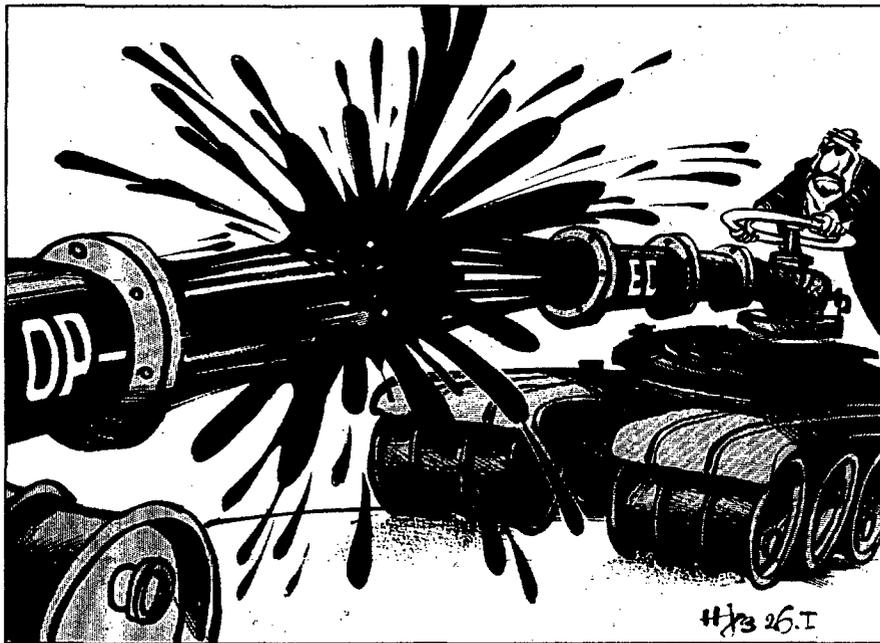
Region der Welt, am Persischen Golf, kostet die Förderung eines Barrels Öl nach wie vor weniger als einen Dollar. Für Öl, weiß Peter Walters, Chef der britischen BP, gebe es „keine natürliche Preis-Stütze“, wenn die Tarife erst einmal ins Rutschen gekommen sind.

Für Autofahrer und Heizölverbraucher mag dies die Rückkehr in das verlorene Paradies bedeuten. Für die Bankiers und die Ökonomen der Industrieländer ist es eher ein Alptraum. Exportländer wie Mexiko und Nigeria, die bereits am Rande des Staatsbankrotts operieren, würden nach einem Ölpreis-Kollaps unter ihrer Schuldenlast zusammenbrechen. Die westlichen Finanziere dieser Schulden können mit in das Chaos hineingerissen werden.

Die internationale Überschuldungskrise, die zunächst durch den zu abrupten Anstieg der Ölpreise in den siebziger Jahren ausgelöst worden war, könnte dann ausgerechnet durch eine zu scharfe



Ölförderung in Saudi-Arabien: Krieg aller gegen alle im Opec-Kartell?



Die Ölwanne

tz, München

Ölpreis-Wende zu einem Zusammenbruch der Finanzmärkte führen.

Allein in Mexiko sind westliche Banken mit 60 Milliarden Dollar engagiert. „Springt der Ölpreis bis auf etwa 24 Dollar herunter“, warnt F. Gerard Adams von der US-Denkfabrik Wharton School, „wäre das ein wirklicher Schock für das gesamte System, Gott weiß, wie wir das überleben würden.“

Andererseits können niedrigere Ölpreise mancherlei wieder ins Lot bringen, was vorher aus den Fugen geraten war. Wenn die Rohölpreise nur allmählich rutschen, so daß sich Industrie, Handel und Geldgewerbe ohne allzu starke Verwerfungen anpassen können, wird der billigere Ölnachschub die lahme Konjunktur der Industriestaaten wieder auf Touren bringen.

Niedrigere Ölrechnungen erhöhen indirekt die individuellen Einkommen in den Verbraucherländern und können zusätzlich Geldmittel für den Einkauf anderer Güter freisetzen. Solche erweiterte Kaufkraft kann zu einem ersten Konsum- und Investitionsschub führen, der die Wirtschaft der Industrienationen aus ihrer Dauer-Depression befreien kann.

Die Volkswirte der New Yorker American Express Bank etwa schätzen, daß die Wirtschaft der westlichen Industrieländer bei einem Ölpreis von nur noch 25 Dollar je Barrel um 0,75 Prozentpunkte schneller wachsen würden, als dies gegenwärtig geschieht. Die Wachstumsrate könnte von 1,5 auf 2,25 Prozent im Durchschnitt steigen.

Auch der Kampf gegen die Geldentwertung würde durch billigeres Öl leichter. Die Ökonomen des Industrieländer-Klubs OECD nehmen an, daß nach einer Ölpreis-Senkung von nur zehn Prozent die Inflationsrate in den OECD-Staaten binnen zwei Jahren um 1,5 Prozentpunkte fallen würde. Folge: Die Notenbanken

könnten ihre Geldbremsen lockern, die Zinsen würden weiter sinken.

Für die Öl-Habenrichtse in der Dritten Welt bedeutete ein drastischer Verfall der Ölpreise sogar Rettung vor totaler Hoffnungslosigkeit. Länder wie Brasilien türmten nicht zuletzt deshalb riesenhafte Schulden auf, weil sie ihre Ölimport-Rechnungen nicht mehr ohne fremde Hilfe bezahlen konnten und durch kostspielige Investitionen in Wasserkraftwerke oder Atomreaktoren ihre Abhängigkeit von teurer Import-Energie verringern wollten.

Für diese Länder wirkt ein niedrigerer Ölpreis wie ein Befreiungsschlag. Die knappen Devisen würden für Importe frei, mit denen Entwicklungsprojekte realisiert werden könnten. Die Exporteure der Entwicklungsländer könnten davon profitieren, daß die Industriestaaten wieder über mehr Geld für Einkäufe bei ihnen verfügen. Die fallenden Zinsen würden den Schuldendienst erleichtern.

Die internationalen Kredit-Institute müßten zwar auch bei einer langsamen Ölpreissenkung immer noch um die Gelder bangen, die sie an Ölexporteure wie Mexiko, Venezuela und Nigeria geliehen haben. Weil aber die Schulden der ölimportierenden Entwicklungsländer gegenwärtig noch um einiges höher liegen als die Außenstände der ölreichen Staaten, würden die Banken ihr Risiko am Ende nur verlagert und nicht neue Risiken übernommen haben.

Die Aussicht auf einen geordneten Preisrutsch indes ist gering. Zu viele und zu teure Industriegüter haben sich die volkreichen Staaten der Opec im Westen angeschafft, als daß sie auf einen Teil ihrer Petrodollars verzichten könnten.

Das westliche System, die Industrieländer aus USA, Europa und Japan, hat die

Eine einmalige Chance für Ihren Sohn, Ihre Tochter - Ein ganzes Schuljahr in den USA -

Mehr erleben, mehr Erfahrungen sammeln, andere Menschen und eine andere Kultur kennenlernen - eine nie wiederkehrende Chance!

Wenn Ihr Sohn oder Ihre Tochter zwischen 15 und 17 Jahre alt ist, können Sie ihm oder ihr jetzt die Möglichkeit bieten, wertvolle Erfahrungen in einer High School in den USA zu gewinnen.

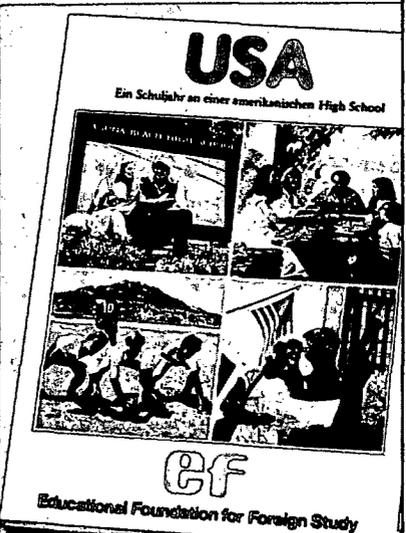
Der Ganzjahres-Aufenthalt (August '83 bis Juni '84) dient nicht nur dem intensiven Studium der englischen Sprache, sondern er stellt auch einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung Ihres Kindes dar.

Bitte senden Sie uns noch heute den ausgefüllten Coupon zu oder rufen Sie uns an, damit wir Ihnen umgehend die abgebildete Informations-Broschüre zusenden.

Sie enthält für Sie alles Wissenswerte: z. B. wie Ihr Sohn oder Ihre Tochter bei einer ausgewählten Gastfamilie untergebracht wird, wie sich der Unterricht in der High School gestaltet, sie zeigt die Freizeit-Möglichkeiten, die Reise, die Vorbereitungen auf das High School-Jahr und vieles andere mehr...

Bitte rufen Sie uns an: 040-337163. Wir sind auch am Samstag und am Sonntag für Sie da.

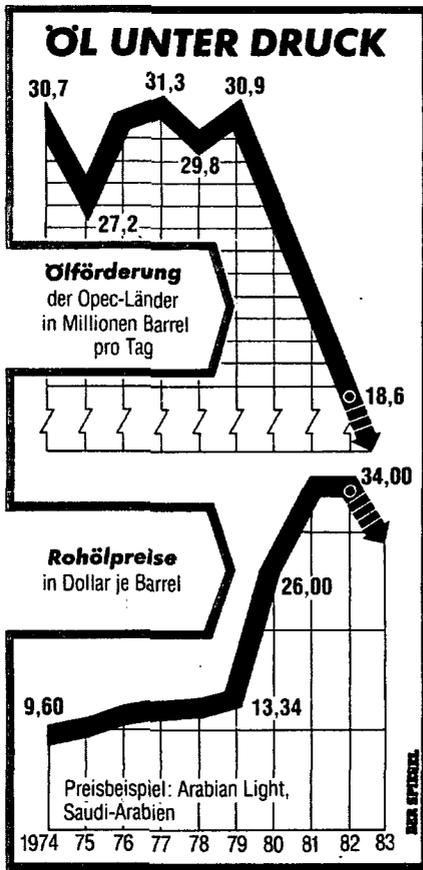
Die Educational Foundation for Foreign Study ist eine amerikanische Stiftung mit gemeinnütziger Zielsetzung. Sie untersteht einer strengen Staatsaufsicht und ist vom State Department in Washington offiziell als eine der wenigen Institutionen des Bildungs- und Kulturaustausches, gemäß Fulbright-Hays-Act, anerkannt. Dies und eine jahrelange Erfahrung bedeuten ein Höchstmaß an Sicherheit für Ihr Kind und für Sie.



Ja, schicken Sie bitte Ihre Informationsbroschüre 1983/84
 Bitte schicken Sie auch Informationen über EF-Ferienreisen für Schüler nach England, Frankreich und in die USA.

Name _____ Vorname _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

ef Educational Foundation for Foreign Study
 In Deutschland wird die Stiftung vertreten durch:
 EF Ferienschule, Alsterstr. 18 / 3
 2000 Hamburg (Telefon 040-337163)



Macht dieser Länder durch Massenverkäufe von Industrieanlagen gebrochen. Die Opec-Länder unter sich, vor allem die beiden wichtigsten, sind nicht bereit, durch solidarische Haltung die anderen zu stützen.

Das Ajatollah-Regime im Iran will nicht mit den Saudis kooperieren, weil die den Kriegsgegner Irak mit Petro-Milliarden unterstützen. Allein schon, um die Saudis zu schwächen, aber auch um die eigene Kriegskasse aufzufüllen, warben die Iraner den Saudis mit verbotenen Preisnachlässen Kunden ab.

Während die Iraner mit etwa 2,7 Millionen Barrel pro Tag inzwischen mehr als doppelt so viel fördern wie vor einem Jahr, ist die Saudi-Produktion binnen Jahresfrist von über 8 Millionen Barrel täglich auf 4,8 Millionen gefallen.

Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges aller gegen alle im Opec-Kartell ist also groß. Doch der Spaß an den sinkenden Ölpreisen kann eines fernerer Tages abrupt enden. Denn der hohe und stabile Ölpreis war Teil eines neuen energiepolitischen Kurses geworden, den die erdölfördernden und die Industrieländer im stillen Einvernehmen eingeschlagen hatten.

Unter dem Schutz hoher Ölpreise hatten die westlichen Industriegesellschaften massiv Energie eingespart, aber ähnlich massiv die Entwicklung eigener Ölquellen betrieben.

Bereits im letzten Jahr aber begannen sich finanzstarke Ölkonzerne aus teuren

Entwicklungsprojekten wieder zurück-zuziehen, weil sie den Rohölpreis sacken sahen. So beendete die Exxon abrupt den Abbau von Schieferölen in Colorado – ein Fünf-Milliarden-Dollar-Projekt.

Inzwischen ist den Multis auch schon manches Investment in der Nordsee zu teuer geworden. Großbritannien, auf Öleinnahmen angewiesen, fürchtet um den Staatshaushalt und die Leistungsbilanz. Je weniger westliches Öl aber gefördert und je mehr zusätzliches Opec-Öl wieder verbraucht wird, desto näher rückt der nächste Schock. Ulf Lantzke, Chef der Internationalen Energie-Agentur in Paris, sieht ihn etwa 1985 oder 1986.

Falls die westlichen Industrienationen, vom sinkenden Ölpreis verführt, ihre Sparpolitik aufgeben und Ersatzenergien nur halbherzig entwickeln, so Lantzkes Pariser Agentur, seien „sprunghafte Ölpreiserhöhungen nicht auszuschließen“.

JAPAN

Großes Haus

Kaum im Amt, setzte Premier Nakasone neue Akzente: Er will aufrüsten und die Wehrpflicht wiedereinführen.

Die beiden Staatsmänner kamen sich beim Frühstück menschlich näher.

„Nennen Sie mich einfach Ron“, forderte der amerikanische Präsident Ronald Reagan seinen Gast auf, den japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone.

Der reagierte sehr unjapanisch: „Sagen Sie Yasu zu mir.“

Auch sonst zeigte der Premier aus Tokio bei seinem Washington-Besuch vergangene Woche unerwartetes Entgegenkommen: Der bislang pazifistische Kurs steuernde ostasiatische Staat will, so versprach Nakasone, zu einem „unsinkbaren Flugzeugträger“ werden.

Mehr noch: Im Falle eines Krieges würden Japans Streitkräfte die mächtige sowjetische Pazifikflotte im Japanischen Meer einschließen. Dazu, so Nakasone, sollen die Meerengen zwischen den japanischen Inseln sowie zwischen Japan und Korea, die Tsushima-Straße und die Korea-Straße, „blockiert“ werden.

Als seien dies noch nicht genug Drohgebärden: Sogar Rons Wunsch, daß Japan seine Seewege bis auf 1000 Meilen vor der eigenen Küste ohne amerikanischen Beistand schützt, will Yasu erfüllen.

Wie diese gewaltigen militärischen Vorhaben verwirklicht werden sollen, weiß nicht einmal Nakasone. Aber der Premier, seit neun Wochen erst im Amt, liebt starke Worte.

Damit mag er der Washingtoner Regierung, die seit langem auf einen gehörigen Rüstungsschub Tokios drängt, zu Diensten sein. In Japan selbst und bei den asiatischen Nachbarn stoßen dergleichen verbale Kraftakte zunehmend auf Unverständnis und Besorgnis.

Naohiko Okubo, Chef der oppositionellen buddhistischen Komei-Partei, nannte Nakasones Säbelrasseln „sehr gefährlich“. Das Massenblatt „Asahi Shimbun“ (Tagesauflage knapp sieben Millionen) schrieb gar: „Es scheint, Nakasones Erinnerung an den Krieg ist die Basis seiner heutigen Verteidigungspolitik.“

Am heftigsten reagierte die sowjetische Führung: Wenn Japan es unbedingt darauf anlege, verbreitete die Nachrichtenagentur Tass, würden die Spannungen steigen, ein künftiger Krieg aber werde die Schrecken von Hiroshima weit in den Schatten stellen. In Korea sorgte sich die Presse, Nippons Verteidigungspläne basierten „auf der strategischen Annahme, Japan sei der Herr Asiens“. „Wir haben Angst“, bemerkte Indonesiens Ex-Außenminister Adam Malik, „Japan darf nicht aufrüsten. Davor fürchten sich alle Asiaten.“

Gerade die Sorgen der südostasiatischen Völker, in denen die Erinnerung an großjapanische Kolonialtage noch lebendig ist, hatte Ministerpräsident Nakasone zu zerstreuen versucht. Ende November, als er Regierungschef wurde, konferierte er gleich telephonisch mit den fünf Kollegen der südostasiatischen Organisation Asean: eine einmalige Ge-



* Vorletzte Woche in Washington.

Nakasone, Reagan*: „Sagen Sie Yasu zu mir“